

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Nummern-Verkaufsstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angabepreis: Die Rubrikpreise für Anzeigen sind für den Umraum 20 Goldpfennige, für die Rubrikpreise 25 Goldpfennige, für die Rubrikpreise 30 Goldpfennige, für die Rubrikpreise 40 Goldpfennige, für die Rubrikpreise 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 74

Sonntag, den 28. März 1926

21. Jahrgang

### Mit der Ermordung Severings beauftragt?

Die Verhaftung des Mitgliedes der Organisation C.

Mährisch-Odrau, 25. März. Die „W. Z.“ meldet: Das in Mährisch-Odrau verhaftete Mitglied der Breslauer Organisation Consul, der zu einem Attentat gegen den preussischen Innenminister Severing befohlen war, aber aus Angst über die Grenze ging, heißt Friedrich Gruschewy. Er war, nach seinem Geständnis,

von dem Führer dieser Organisation beauftragt, den preussischen Innenminister Severing zu ermorden.

weil ihm ein Mitglied dieser Organisation aus Westfalen helfen sollte. Es war vereinbart, daß die beiden nebst zwei anderen Genossen in Breslau mit Armeepistolen ausgestattet werden sollten.

Zur Vernehmung der näheren Einzelheiten der Tat hat Gruschewy eine Zusammenkunft mit den westfälischen Genossen in Leobschütz vereinbart. Als die Westfalen zu dem vereinbarten Zeitpunkt in Leobschütz nicht erschienen, schrieb Gruschewy einen Post-Telegraphen-Brief an den Führer der Organisation Consul in Breslau, worin er von dieser Tatsache Mitteilung machte.

Gruschewy gab den Brief zunächst nicht auf, sondern steckte ihn in die Tasche. Er ging in ein Dorf, dessen Namen ihm entfallen ist. Dort trank er sich einen Rausch an. Als er wieder wach geworden war, bemerkte er, daß er

den Brief, der ihn verraten konnte, verloren hatte. Er konnte ihn, trotzdem er den ganzen Tag suchte,

nicht mehr finden. Er wanderte zwei Tage umher, bis er nach Freiwaldau kam, wo er den Zug nach Mährisch-Odrau bestieg.

Von Odrau gedachte er sich über Oderberg, Kaschan nach Ungarn zu begeben, wo er sich sicher glaubte. Als er sich auf dem Bahnhof von Mährisch-Odrau die Abfahrtszeiten der Züge notierte, wurde er von einem patrouillierenden Sicherheitswachmann zur Vorzeigung seiner Ausweise aufgefordert. Da er keine Papiere bei sich trug, wurde Gruschewy verhaftet und ins Verhör genommen, worauf er schließlich ein Geständnis ablegte. Er ist 26 Jahre alt und hat fünf Klassen der Lehrerbildungsanstalt in Breslau absolviert. Er ist aus Breslau gebürtig. Gruschewy befindet sich nunmehr beim Kreisgericht in Odrau in Haft.

Zu den Angaben des in Mährisch-Odrau verhafteten jungen Deutschen über einen angeblichen Attentatsplan gegen den Reichsinnenminister — nach einer anderen Version gegen den preussischen Innenminister Severing — erklärte der Leiter der Berliner politischen Polizei Regierungsdirektor Windisch dem „Volkswacht“, daß die deutschen Polizeibehörden dem Geständnis des festgenommenen vorläufig noch ziemlich skeptisch gegenübersehen, da weder in Breslau, noch in Berlin Anzeichen für ein geplantes Attentat bekannt sind. Zur Aufklärung der Sache soll jedoch die Tschechoslowakei er sucht werden, den Verhafteten nach Deutschland auszuliefern.

Seine Berliner Reise werde diese Freundschaft nur noch nachdrücklicher befestigen. Natürlich werde man auch die notwendige Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Deutschland erörtern.

### Die Arbeitslosigkeit um 2 v. H. gebessert.

Berlin, 26. März. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der ersten Märzhälfte zeigte eine mäßige, aber noch keineswegs entscheidende Besserung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 2 058 000 auf 2 017 000, d. h. um noch nicht ganz 2 v. H. zurückgegangen. Im einzelnen haben sich die männlichen Hauptunterstützungsempfänger stärker, nämlich von 1 750 000 auf 1 703 000, vermindert, während bei weiblichen Hauptunterstützungsempfängern noch eine Zunahme, nämlich von 308 000 auf 315 000 eingetreten ist. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 2 279 000 auf 2 204 000 zurückgegangen. Soweit ein Rückgang eingetreten ist, beruht er zum wesentlichen Teile auf den Außenberufen (Landwirtschaft, Baugewerbe usw.).

### Der mecklenburgische Finanzminister gegen den Anschluß an Preußen.

Rostock, 26. März. In einem Vortrage über die Richtlinien seiner Finanzpolitik warnte Finanzminister v. Dergen vor dem Gedanken des Anschlusses an Preußen. Mecklenburg habe davon wenige Vorteile aber viele Nachteile zu erwarten. Nur zähe Arbeit könne das Land langsam wieder aufwärts führen.

### Steuermäßigung zum 1. April.

Der Reichstag wird schon am heutigen Sonnabend das Steuerkompromiß beraten. Die Regierung hofft, daß die Verabschiedung in zweiter und dritter Lesung in einer nötigenfalls bis in die Nacht hinein ausgedehnten Sitzung erfolgen wird. Anfang nächster Woche wird sofort der Reichsrat mit der Steuerentwurf beauftragt werden. Die technischen Vorbereitungen zur Verabschiedung des Gesetzes und zum Erlaß der erforderlichen Verfügungen sind bereits soweit vorbereitet, daß mit Sicherheit damit gerechnet werden kann, daß der Termin am 1. April zur Inkraftsetzung der Steuermäßigungen eingehalten wird. Sämtliche in der Vorlage vorgesehenen Bestimmungen treten am 1. April in Kraft, mit Ausnahme der neuen Einkommensteuer, die am 1. Juli eingeführt werden soll.

### 190 000 Mann polnisches Rekrutenkontingent.

Warschau, 26. März. Der Sejm bewilligte heute in dritter Lesung das Rekrutenkontingent für das laufende Jahr in Höhe von 190 000 Mann. Der sozialdemokratische Antrag, das Kontingent zu kürzen, wurde abgelehnt.

### Reichskanzler a. D. Konstantin Fehrenbach †.

Freiburg, 26. März. Der frühere Reichskanzler Konstantin Fehrenbach ist wenige Minuten vor 3 Uhr sanft eingeschlafen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Im Sterbezimmer weilten sämtliche Angehörigen des Verstorbenen.

Auf die Nachricht vom Ableben des Reichskanzlers a. D. Alt-Stadtrat Konstantin Fehrenbach, der Ehrenbürger der Stadt Freiburg war, versammelte sich der Stadtrat alsbald zu einer außerordentlichen Sitzung, in der Oberbürgermeister Dr. Bender dem Verstorbenen mit warmen Worten einen tief empfundenen Nachruf widmete den die Mitglieder des Stadtrates lebend entgegennahmen. Der Stadtrat beschloß einstimmig, die Bestattung als Angelegenheit der Stadt zu behandeln und sich geschlossen an den Beisetzungsfeierlichkeiten zu beteiligen. Die Beisetzung findet am kommenden Montag 2½ Uhr nachmittags statt.

### Pressstimmen zum Ableben Fehrenbachs.

Berlin, 27. März. Zum Ableben Fehrenbachs schreibt die „Kreuzzeitung“: Sein politisches Wirken an leitender Stelle fiel in die Zeit des schwersten Ringens um eine Notexistenz des deutschen Volkes. Mit bewährtesten Mitteln versuchte er, die Katastrophe des Vondoneer Ultimatums abzuwenden. Es gelang ihm nicht und so trat er von seinem Reichskanzlerposten zurück. Ein Ehrenbescheiden ist Konstantin Fehrenbach auch bei denen gewiß, die oft im Gegensatz zu seiner Politik standen. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Den Lebenden haben wir als Kanzler wie als Parteimann oft bekämpft müssen. Seine Sachlichkeit und persönliche Lebenswürdigkeit konnten wir immer anerkennen. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es: In stiller Trauer werden sich weite Kreise des deutschen Volkes im Geiste an der Bahre dieses Mannes sammeln, der in all seinem Tun und Raten bis an sein Lebensende ein leidenschaftlich zärtlicher Sohn seiner engeren baltischen Heimat und des großen deutschen Vaterlandes gewesen ist. Die „Germania“, die in einem langen Nekrolog das Wirken Fehrenbachs als Mitglied des Stadtparlamentes in Freiburg, dann als Reichstagsabgeordneter und vor allem als Präsident des Reichstages und der Nationalversammlung würdigt und dann darauf hinweist, wie Fehrenbach als Reichskanzler in der schwersten Lebenszeit des deutschen Volkes sein Bestes daran gab, die harten Bedingungen des Friedens zu mildern, geht dann des näheren auf seine Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender ein. Das „Berliner Tageblatt“ nennt Fehrenbach einen treuen, unermüdeten und klar blickenden Diener seines Volkes. Nicht seine Partei allein, sondern über sie hinaus das ganze republikanische Deutschland wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Die „Vossische Zeitung“ weist auf die hervorragende Rolle hin, die Fehrenbach bei der parlamentarischen Behandlung des Falles Gabeln im Reichstage spielte, wo ihn das Zentrum das erste Mal als Sprecher auf die Tribüne schickte und seine Rede ihn zum populären Mann überall dort machte, wo bürgerlicher Freiheitsgeist noch nicht gestorben war. Auch der „Vorwärts“ erinnert an das erfolgreiche Debüt Fehrenbachs im Reichstage am 3. Dezember 1913 und sagt: Mit dem Kampf gegen den Militarismus hatte er seine Laufbahn in der Reichspolitik begonnen. Er hatte seitdem als einer der besten Zentrumsdemokraten gegolten.

### Der Dank des Reichspräsidenten an die Universität Köln.

Köln, 26. März. Der Reichspräsident hat an den Rektor der Universität Köln, Prof. Dr. Sier-Somlo unter dem 24. März folgendes Schreiben gesandt: „Im Magnifizenz und dem Senat der Universität Köln danke ich von Herzen für die Ehrung, die Sie mich durch die Verleihung der Würde eines Ehrenbürgers Ihrer Universität verliehen haben und zugleich für die freundliche Begrüßung, die Sie an die Ueberreichung der Insignien dieser Würde anknüpften. Ich freue mich als nunmehriger Ehrenbürger mit der aufstrebenden Universität Köln auch persönlich verbunden zu sein und bitte Sie, meine besten Wünsche für das Gelingen und Gedeihen dieser auf alter Kulturgrundlage ruhenden jungen Universität entgegenzunehmen. Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener v. Hindenburg.“

### Unterzeichnung eines rumänisch-polnischen Bündnisvertrages.

Bukarest, 26. März. Hier wurde heute ein Bündnisvertrag zwischen Rumänien und Polen unterzeichnet.

### Dr. Schacht zur Frage der Aufwertung der alten Reichsbanknoten.

Berlin, 26. März. In der heutigen Generalversammlung gab der Präsident des Reichsbankdirektoriums Dr. Schacht zu der Frage der Aufwertung der alten Reichsbanknoten die nachstehende Erklärung ab: Wie Ihnen bekannt sein wird, haben sich Verbände gebildet, die nachträglich eine Aufwertung der Reichsbanknoten älterer Ausgabe, insbesondere

der alten Tausender und Quatterer erzwingen wollen. Diese Bewegung wird zu einem kleinen Teil getragen von Leuten, die man möglicherweise als Idealisten ansprechen muß, die aber jedenfalls eine Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge völlig vermissen lassen. Zu einem größeren Teil wird die Bewegung aber von Agitatoren berufsmäßig ausgenutzt, die unerfüllbare Hoffnungen erregen und dadurch immer neue Unruhe und Verbitterung in das Volk tragen. Daß die Aufwertung irgendeiner Art von alten Banknoten einen völligen Umsturz des Bankgesetzes vom 30. 8. 1924 und damit einen Bruch der Vondoneer Verträge darstellen würde, genügt allein schon, um jeden Gedanken daran als Unmöglichkeit zu erweisen. Die von den Verbänden angegangenen Gerichte bis hinauf zum Kammergericht haben denn auch einstimmig die erhobenen Ansprüche mit überzeugender Begründung zurückgewiesen, und wir haben die feste Ueberzeugung, daß dies auch seitens des nunmehr mit der Sache befaßten Reichsgerichts geschehen wird. Was die wirtschaftliche Auswirkung der Aufwertungsbestrebungen anlangt, so genügt der kurze Hinweis, daß allein an den braunen Tausendern mit dem Datum vom 1. 4. 1910 noch nominal etwa 128 Milliarden nicht wieder zur Reichsbank zurückgelangt sind; da nun die erhobenen Ansprüche auf volle Einlösung zum Goldwerte (1000 Mk. gleich 1000 Goldmark) gerichtet sind, so hätte die Reichsbank allein für diese Tausender noch 128 Milliarden Reichsmark zu zahlen, was natürlich mit dem sofortigen Zusammenbruch der auf ihr beruhenden neuen Währung gleichbedeutend wäre. Es ist bedauerlich, daß offensichtlich keine Handhabe gegeben ist, um dieser Agitation das Handwerk zu legen.

### Dr. Kamef über seine Berliner Reise.

London, 26. März. Der österreichische Bundeskanzler Kamef erklärte in einer Unterredung mit dem Wiener Berichterstatter des „Manchester Guardian“, sein Besuch in Berlin, der eine formelle Erwiderung der Besuche des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Marx und Stresemann in Wien sei, bezwecke die engen und herzlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in Zentraleuropa zu betonen. Er habe während der Wärtagung des Bälterbundes Gelegenheit gehabt, herauszufinden, wie freundschaftlich die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich seien und